

ERZIEHUNG & BILDUNG. FÜR EIN NEUES ÖSTERREICH.



PARTEI FÜR DAS LEBEN
UND FÜR DIE FAMILIEN

POSITIONEN ZU ERZIEHUNG & BILDUNG

... aus Glauben und Überzeugung.
www.christlicheparteiosterreichs.at

Inhalt

1. Grundsätzliches
2. Erziehung und Bildung
 - 2.1. Christliche Erziehung
 - 2.1. Christliche Bildung
3. Kindergarten und Frühförderung
 - 3.1. Die Zeit der Kindheit
 - 3.2. Kinderkrippen
 - 3.2. Frühförderung
4. Volksschule
5. Hauptschule / „Neue Mittelschule“ / Gesamtschule
6. Polytechnische Schule
7. AHS und BHS
 - 7.1. Unterstufe
 - 7.2. Modulare Oberstufe
 - 7.3. Matura
8. Diskussion zur Gesamtschule
9. Sonderpädagogik
10. Schulsystem und Lehrerausbildung
11. Kriterien für ein schülerorientiertes Bildungssystem
 - 11.1. Was mit Vorsicht zu genießen ist
 - 11.2. Wovon auszugehen ist
 - 11.3. Organisation
 - 11.4. Qualität des Lehrens
 - 11.5. Unterschiedlichkeit des Lehrens
12. Lehrinhalte
 - 12.1. Religionsunterricht/Ethikunterricht
 - 12.2. Sexualkundeunterricht
 - 12.3. Sex und Gender
13. Universität und Hochschule
 - 13.1. Forschung
 - 13.2. Zugang zur Universität und zu den Hochschulen
14. Gesellschaftspolitische Ziele (Schlussbemerkungen)

1. Grundsätzliches

1.1. Das Bildungssystem ist mehr als nur das Schulsystem und hat mit Menschen zu tun. Das klingt banal und birgt Komplikationen. Die erste Frage ist nämlich, welches Bild vom Menschen dem „System“ vorschwebt. Hier liegt die Gefahr der Ideologisierung.

Ist ein Bildungssystem frei von Ideologisierungen überhaupt möglich? Wenn Ideologie bedeutet, dass eine bestimmte Sicht absolut gesetzt wird, also ein Bruchteil für das Ganze genommen wird, dann ist Ideologiefreiheit überhaupt nur dann möglich, wenn man von vornherein vom Ganzen ausgeht. Bildungsziel ist der ganze Mensch, nicht z.B. durch ein reduktionistisches Weltbild oder auf seine bloße Rationalität beschränkt. Der ganze Mensch ist Körper, Psyche und Geist, konkret abgebildet in den Fächern der Universität; diese reichen von Physik und Chemie über Biologie, Psychologie und Soziologie, Geschichtswissenschaften, Medizin, Wirtschaft und Recht bis hin zur Philosophie und Theologie. Die Einteilung ist flexibel und lebendig, es kommen ständig neue, verbindende Fächer hinzu wie Biochemie, Gehirnphysiologie, Medizinethik, Gentechnik usw. Letztlich steht aber eine einzige Frage dahinter: Was ist der Mensch? Um dieser Frage nachzugehen, sind alle Fakultäten und Fächer notwendig. Diese Frage kann nicht ohne die Physik (Materie), aber auch nicht ohne die Theologie (Sinn) beantwortet werden. Eine Übergewichtung der naturwissenschaftlichen Fächer ist bereits eine Gefährdung der menschlichen Ganzheit. Und diese Ganzheit ist der Horizont des Bildungssystems. Alles andere wäre Ideologie.

1.2. Im heutigen Informations- und Wissenszeitalter ist es völlig klar zu Tage getreten, dass Wissensvermittlung nicht das Ziel des Schulsystems sein kann. Niemand, auch kein Nobelpreisträger, kann auch nur ein Teilgebiet eines Faches vollständig beherrschen, und darum geht es auch gar nicht mehr. Lehrer müssen nicht in erster Linie Wissen vermitteln, sondern Neugier und Interesse wecken, Anleitung zum Wissenserwerb geben, sowie den Sinn für Zusammenhänge und für das Wesentliche schulen. Statt irgendwelche Jahreszahlen zu lernen, ist es heute wichtiger, z.B. im Internet recherchieren zu lernen. Wozu allerdings sehr wohl Allgemeinwissen notwendig ist. Wer keine Ahnung von einem Thema hat, wird auch mit der Informationsflut im Internet nicht zurechtkommen oder jedem Unsinn Glauben schenken.

1.3. Damit wird auch klar, dass ein Bildungssystem der Zukunft nicht das „Alte“ völlig über Bord werfen kann. Es bleibt wichtig, mit unserer Kultur, mit Geschichte und gewachsenen Werten vertraut zu werden. Nur wer weiß, wie sich etwas entwickelt hat, kann darüber nachdenken und dazu beitragen, dass und wie es weitergeht. Immer wichtiger wird das Erfassen der großen Zusammenhänge und nicht das Detailwissen.

1.4. Schulbildung soll dazu beitragen, Jugendliche zu mündigen Bürgern zu erziehen. Dazu ist politische Bildung notwendig, Kulturgeschichte, logisches Denken, aber auch der Umgang mit Freiheit und Verantwortung. Das Zeitalter der Institutionen ist passé, die Vorgaben von außen werden nicht mehr angenommen. Das ist ein kritischer Übergang, aber aus christlicher Sicht nur zu befürworten. Die Entwicklung des Einzelnen führt von der Fremdbestimmung (Eltern, Lehrer, Institutionen) zur Eigenständigkeit und zur Selbstverantwortung. Diese Entwicklung zu fördern ist auch Sinn der Religion. Fremdbestimmung ist nicht Freiheit und ohne Freiheit wäre der Mensch nicht Mensch. Zur Freiheit gehört aber die Verantwortung. Eigenverantwortung zu fördern ist Ziel des Bildungssystems in allen Fächern, vor allem aber auch im Religions- und Ethikunterricht.

1.5. Das Schulsystem hat die Jugendlichen auf den späteren Beruf vorzubereiten, aber nicht im Sinne des Diktats der Wirtschaft. Die Wirtschaft kann nicht im Sinne einer Einengung auf Ökonomie das Bildungssystem bestimmen. Schule müsste beides liefern: eine gute Allgemeinbildung, auf der alles andere aufgebaut werden kann und praxisbezogenes Wissen, das direkt in die Anwendung mündet. Beides geht nicht ohne die Fähigkeit zum selbsttätigen Bildungserwerb.

1.6. Gemäß Artikel 13 des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte aus dem Jahr 1976, soll Bildung auf die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und des Bewusstseins ihrer Würde gerichtet sein und es jedermann ermöglichen, eine nützliche Rolle in der Gesellschaft zu spielen. Bildung ist sowohl ein Menschenrecht als auch ein unverzichtbares Mittel zur Verwirklichung anderer Menschenrechte. Das Ziel schulischer Erziehung ist somit eine Persönlichkeitsbildung, die allein der Würde des ganzen Menschen entspricht. Bildung ist nicht passives „Eingetrichtertbekommen“, sondern ein aktiver Prozess der Persönlichkeitswerdung.

1.7. Das Prinzip der Natur ist nicht Gleichschaltung, sondern Unterschiedlichkeit (Diversität). Bildung muss einerseits Chancengleichheit ermöglichen – jeder Mensch muss den Weg gehen können, der ihm entspricht. Das bedeutet andererseits aber auch, dass dieser individuell sein kann und muss. Kinder mit verschiedenen Begabungen müssen unterschiedlich gefördert werden. Diese Diversität bedeutet auch, dass ein Wechsel zwischen verschiedenen Wegen möglich sein muss.

All das muss geklärt sein, bevor man über Strukturen und Rahmenbedingungen des Bildungssystems diskutieren kann.

2. Erziehung und Bildung

2.1. Christliche Erziehung

Christliche Erziehung will nicht bedenkenlose Nachahmer oder berechnende Anpassung, sondern Menschen, die das Gute aus eigenem Antrieb, um des Guten willen tun. Angestrebtes Ziel ist die Eigenverantwortung und nicht die Außensteuerung. Christliche Erziehung ist weder autoritär noch antiautoritär. Sie versucht, dem Jugendlichen den unverzichtbaren Anspruch des Guten deutlich zu machen, zeigt dessen Verbindlichkeit, die nicht vom jeweils gemäßen Zeitpunkt abhängig gemacht werden kann.

Erziehung bezieht sich auf die Haltung, auf das richtige, verantwortliche Werten, Entscheiden und Handeln. Sie ist vom Lernen und Lehren zu unterscheiden, so wie das Wissen zwar nie „wertfrei“ ist, aber auch nicht automatisch die richtige Haltung erzeugt.

Erziehung zielt auf die Entwicklung des ganzen Menschen ab. Eine ganzheitliche Erziehung ohne Religion ist daher genauso undenkbar wie eine Erziehung ohne Hinführung auf die Lebens- und Arbeitswelt. Erziehung beschränkt sich nicht darauf, dass der Mensch lernt, gegebene Gesetze zu befolgen. Es kommt darauf an, dass er lernt, auf sein Gewissen zu hören und dessen Anspruch zu folgen. Dies ist ein mitunter langwieriger und mühsamer Prozess. Dieses Gewissen muss jedem Menschen, unabhängig von seinem „Wert“ für die Gesellschaft, zuerkannt werden, sonst wird das Reden von den allgemeinen Menschenrechten zum unverbindlichen Gerede.

2.2. Christliche Bildung

Der Sinn des Menschen darf keinesfalls darauf reduziert werden, ein funktionierendes Rädchen im Mechanismus des Kollektivs zu sein. Als selbstverantwortliche Person in Freiheit steht der Mensch vor allem vor den Fragen nach einem letzten Sinn und Wert seines eigenen Lebens: Wer bin ich? Woher komme ich? Wohin gehe ich? Diese Fragen zu stellen zeichnet den Menschen aus. Die Beantwortung dieser Fragen kann jeder Einzelne nur für sich selbst – auf Basis einer umfassenden Bildung – versuchen.

Bildung ermöglicht die Entfaltung der Gesamt-Persönlichkeit und sollte das eigenständige Denken und Entscheiden fördern.

Christliche Bildungspolitik und Pädagogik sieht sich den erreichten Werten unserer Kultur verpflichtet. Das bedeutet nicht die Überbewertung der Vergangenheit, sondern Anerkennung des geschichtlich Gewachsenen. Zukunft kann immer nur auf Gewordenem aufbauen. Jede Generation steht im Dialog mit den Generationen vor ihr. Dabei geht es nicht um Nachahmung oder blinde Konservierung, sondern um den Reichtum der Gedanken und der Kultur, die frühere Generationen entwickelt haben. In der Auseinandersetzung mit diesen Ideen kann die eigene Position reflektiert und die Geschichte weitergeführt werden.

Das Leben ist uns gegeben und gleichzeitig Aufgabe. Christliche Bildung erschöpft sich nicht in der Produktion brauchbarer Bürger. Sie wendet sich vielmehr gegen alle Versuche, den Wert des Menschen auf seine Brauchbarkeit zu beschränken und seinen Wert daran zu messen.

Christliches Denken wird geradezu zur Abwehr aller Versuche, den Menschen für vorgegebene Zwecke zu instrumentalisieren.

Der pädagogische Auftrag im christlichen Verständnis umfasst beides: die Ausbildung zur Bewältigung des täglichen Lebens und der Arbeit, wie auch die Entfaltung seines Person-Seins (Persönlichkeits- und Charakterbildung).

3. Kindergarten und Frühförderung

3.1. Die Zeit der Kindheit

Das verfassungsmäßige Recht und die Wahlfreiheit der Eltern zu bestimmen, ob sie ihre Kinder selbst erziehen oder in den Kindergarten geben, muss erhalten bleiben und darf nicht durch politischen, ideologischen oder finanziellen Druck ausgehöhlt werden.

Erziehungsrecht und -pflicht der Eltern müssen gesichert sein.

Das Wohl der Kinder darf nicht den Anforderungen des Arbeitsmarktes oder einseitigen Ideologien untergeordnet werden. Die Frage, wie Kinder bis drei Jahren aufwachsen sollen, muss sich nach den Bedürfnissen der Kinder und nicht nur der Eltern oder des Arbeitsmarktes richten. Es kann und darf keine Lösungen auf Kosten des Kindes geben. Zwar kann es aufgrund der Lebensumstände der Eltern (Alleinerzieher, prekäre Verhältnisse und Zwang zur Erwerbstätigkeit usw.) unmöglich werden, den Bedürfnissen des Kindes gänzlich gerecht zu werden. Aber es ist Aufgabe der Politik, Rahmenbedingungen zu schaffen, die es den Eltern ermöglichen, dem Kind die bestmögliche Entwicklung zu gewährleisten.

3.2. Kinderkrippen

In den ersten Lebensjahren ist es für das Kind vor allem wichtig, eine tiefe Bindung zuerst zu einer Bezugsperson aufzubauen. Der Weg von mir zu mir – am Du gewinnt sich das Ich. Das Baby lebt zunächst in einer Symbiose mit der Mutter, erweitert zu einer Triade, wenn auch der Vater bewusst wahrgenommen und einbezogen wird. Später kommen dann Geschwister, Spielkameraden und andere Erwachsene hinzu, der Kreis des Überschaubaren erweitert sich ständig. Die Mutter-Kind-, später Eltern-Kind-Beziehung gewährt Geborgenheit und Schutz. Eine gelungene Bindung führt zu einem höheren Selbstwertgefühl und einem offeneren Sozialverhalten – zu einer gesunden Persönlichkeitsentwicklung.

Kinderkrippen können sich problematisch auf das Bindungsverhalten auswirken. In Situationen, in denen Kinderkrippen gewünscht und notwendig sind, ist in erster Linie auf die Bindungsproblematik einzugehen und die Beziehung zwischen Kind und Betreuerin in den Mittelpunkt zu stellen. Nur Kinderkrippen zur Verfügung zu stellen, ist eindeutig zu wenig. Als Alternative ist dabei an gut ausgebildete

Tagesmütter zu denken, die eine Atmosphäre bieten können, die dem Kleinkind weitaus mehr gerecht wird.

Die Not einzelner Alleinerziehender darf jedenfalls nicht für die Durchsetzung von verordneten Kinderkrippen für alle Kinder ausgenutzt werden.

Die Kosten für Kinderkrippen sind viel höher als ein Erziehungsgeld, das der Mutter erlaubt, bei ihrem Kind zu bleiben oder die Betreuung durch eine Tagesmutter zu gewährleisten.

In Wahrheit geht es bei der Diskussion um ein Erziehungsgeld darum, ob Mütter auf die Erziehung ihrer Kinder verzichten, um der Wirtschaft zur Verfügung zu stehen oder durch die finanziellen Umstände dazu gezwungen werden, oder ob sie nicht darauf verzichten (müssen).

3.3. Frühförderung

Für den Ausgleich sozialer Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten ist es in der Mittelschule – auch in einer „gemeinsamen Schule der 10–14-Jährigen“ – bereits viel zu spät. Der Grundstein für ungleiche Chancen wird zu Beginn der Volksschule gelegt, wenn die Kinder mit unterschiedlichen Voraussetzungen in die Schule kommen. Wer also wirklich Chancengleichheit will, muss VOR der Volksschule dafür sorgen, dass die Ausgangsbedingungen für alle möglichst gleich sind.

Vor allem Sprachprobleme hindern Kinder (mit und ohne Migrationshintergrund) daran, in vollem Ausmaß von der Schule zu profitieren und ein gesundes Selbstbewusstsein zu entwickeln.

Unser Vorschlag lautet daher, alle Kinder in Österreich vor dem 5. Geburtstag von entsprechenden Expertenteams gründlich untersuchen zu lassen. Nach den derzeitigen Erkenntnissen der Kinderpsychologie sollte dies mehrere Stunden lang in kleinen Gruppen in einer stressfreien, kindergerechten Umgebung geschehen. Im Rahmen eines verpflichtenden Kindergartenjahres sollten Kinder, bei denen Förderdefizite im Bereich der deutschen Sprache festgestellt werden, diese Defizite durch individuelle Förderung ausgleichen können.

Gleichzeitig sollte auch mit den Eltern über eventuell vorhandene Verhaltensauffälligkeiten oder andere Defizite gesprochen und Lösungen sollten angeboten werden – auch bei solchen Problemen kann umso mehr geholfen werden, je früher damit begonnen wird.

Die vorschulische Sprachförderung und soziale Bildung ist ein ganz wesentlicher Schritt zu Integration und Chancengleichheit, der später kaum mehr nachgeholt werden kann. Im Vorschulalter kann jedes Kind

bei entsprechender Förderung innerhalb eines Jahres jede Sprache tadellos lernen. Wenn man bis zum Beginn der Volksschule wartet, ist es bereits viel schwieriger.

4. Volksschule

Wir hören – dank PISA – immer wieder, wie großartig die Schule in Finnland ist und dass wir auch so ein System haben sollten. Leider wird aber bei uns immer nur die Gesamtschule zur Nachahmung empfohlen, die in Finnland am wenigsten zum PISA-Erfolg beiträgt. Niemand spricht über das Fördersystem in den Pflichtschulen, welches das eigentliche Geheimnis für diesen Erfolg ist.

In jeder finnischen Schule gibt es nicht nur Lehrerinnen, sondern auch Gesundheitsbetreuerinnen, Kuratorinnen, Sozialpädagoginnen, Speziallehrerinnen und Assistentinnen. Ein Kind, das im Unterricht nicht mitkommt oder in der Leistung zurückfällt, wird aus der Klasse herausgenommen und einer Speziallehrerin (mit sonderpädagogischer Zusatzausbildung) zugeteilt, die ihm „Nachhilfe auf Staatskosten“ erteilt. 17–20% aller finnischen Kinder werden so gefördert – genau die 17–20%, die bei uns mangels besonderer Förderung die PISA-Ergebnisse drücken und später in direkter Folge dieser Vernachlässigung leider viel zu häufig in noch weit traurigeren Statistiken aufscheinen.

Eine solche Personalausstattung sollte auch bei uns jede Volksschule haben. Ebenso sollten vermehrt zusätzliche Deutschförderkurse für Kinder angeboten werden, die trotz sprachlicher Frühförderung im Vorschulalter noch Probleme mit der deutschen Sprache haben oder denen die Eltern zu Hause – mangels eigener Deutschkenntnisse – nicht bei den Aufgaben helfen können. Auch der Besuch solcher Kurse sollte verpflichtend sein. Es mag zwar im ersten Augenblick ungerecht erscheinen, dass dadurch manche Kinder länger in der Schule bleiben müssen als andere, aber es geht schließlich darum, für später gleiche Chancen zu schaffen. Und die schafft man nur, indem man Probleme an der Wurzel packt und nicht dadurch, dass man sie ignoriert und hofft, sie würden sich mit der Zeit "von selbst" lösen.

Volksschulen sollten den Kindern auch die Möglichkeit bieten, am Nachmittag auf freiwilliger Basis noch einmal in die Schule zu kommen, um dort Hilfe bei den Hausaufgaben zu erhalten.

Wenn ein Kind in einer finnischen Schule trotz Spezialunterrichts nicht den gewünschten Erfolg erreicht, tritt eine Konferenz zusammen, die das Problem bespricht und nach weiteren Lösungen sucht. Auch unsere

Volksschulen sollten Teams aus Fachleuten haben, die bei Bedarf solche Konferenzen abhalten und dann gemeinsam mit den Eltern eine geeignete Lösung für jeden „Problemfall“ erarbeiten. Auf diese Weise könnte rechtzeitig Hilfe für „verhaltensoriginelle“ Kinder zur Verfügung gestellt werden – im Volksschulalter sind Therapien wesentlich aussichtsreicher als in der Pubertät.

5. Hauptschule / „Neue Mittelschule“ / Gesamtschule

Kinder haben unterschiedliche Begabungen, unterschiedliche Stärken und Schwächen. Verhindert werden muss nicht die Differenzierung allgemein, sondern die Differenzierung aufgrund der sozialen Herkunft. Die Lösung liegt in einer individuellen Förderung der Kinder und nicht primär im Schultyp. Dabei gilt es, vor allem auf die Stärken den Fokus zu legen. Auch bei funktionierender individueller Förderung wird es immer Unterschiede geben. Nicht jeder kann letztendlich Spitzenleistungen erbringen. Ein System, in dem alle dasselbe Niveau erreichen, wie sich das die Gesamtschulbefürworter erträumen, wird es nie geben, weil Kinder nun einmal unterschiedlich begabt und belastbar sind. Aber jedes Kind muss die Chance dazu bekommen. Wer wirklich soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit im Auge hat, muss danach trachten, ein System zu schaffen, in dem die Individualität der Kinder der zentrale Faktor ist.

Wir brauchen daher ein Schulsystem, in dem Leistung gefordert und gefördert wird und welches es gleichzeitig allen Kindern ermöglicht, ihre Individualität und ihre eigenen Begabungen und Stärken voll zu entfalten. Das heißt, die Schule muss – vor allem in den frühen Jahren – den Kindern, die von zu Hause nicht ausreichend gefördert werden, diese Förderung bieten.

Um Benachteiligungen auszugleichen, kommt eine Gesamtschule für die 10–14-Jährigen – selbst wenn sie auf die individuelle Förderung der Begabungen ausgerichtet wäre – viel zu spät. Leider ist auch die Volksschule, die in Österreich eine Gesamtschule ist, dabei nicht besonders erfolgreich. Gleichbehandlung von Kindern mit unterschiedlichen Voraussetzungen ist nämlich auch eine Form der Diskriminierung. Was wir daher brauchen, sind Maßnahmen, die verhindern, dass zu Beginn der Schulzeit – also vor und in der

Volksschule – die Förderunterschiede so groß sind, wie das leider derzeit bei uns der Fall ist.

Einheitsschulen schaffen noch keine Chancengleichheit. Die Gefahr ist: Wenn die Standards in den öffentlichen Schulen sinken, suchen Eltern, denen die Bildung ihrer Kinder wichtig ist, Alternativen, die meist ziemlich teuer sind. Einheitsschulen fördern „Eliteschulen“. Benachteiligt sind dann vor allem die begabten Kinder aus armen oder bildungsfernen Haushalten.

Die Gesamtschule als solche ist nicht die Lösung. Die äußere Organisation kann nicht die inneren Probleme lösen. Das Schulsystem muss an die Erfordernisse der heutigen Zeit angepasst werden. Der Unterricht muss neben der Wissensvermittlung Interesse und Neugier in den Kindern wecken und sie zum eigenständigen Lernen und Diskutieren anregen. Darüber hinaus müssen weniger die Schwächen betont, als vielmehr die individuellen Stärken und Begabungen gefördert werden. Die Differenzierung sollte nicht nach einem allgemeinen Leistungsniveau oder IQ-lastig, sondern nach den individuellen Begabungen und Stärken erfolgen.

Wie das organisatorisch zu lösen ist, ist erst die zweite Frage.

6. Polytechnische Schule

Die positiven Aspekte der Polytechnischen Schule sind besonders hervorzuheben. Die handwerklichen Begabungen und Berufe erfahren derzeit eine Aufwertung und dieser Trend wird sich wohl fortsetzen. Die Vorbereitung darauf sollte ein wichtiger Teil des Bildungssystems bleiben und es sollte eventuell auch eine mittlere Reife überlegt werden.

Möglicherweise wäre auch die Schaffung einer Realschule nach deutschem Vorbild eine gute Idee. Abgesehen davon, dass diese Schulart für viele Berufe eine sehr gute Vorbereitung bieten kann, muss nämlich auch der Weg zur Hochschulreife keineswegs immer über ein Gymnasium führen.

7. AHS und BHS

Gymnasien aller Art sollten unabhängig von der sozialen Herkunft der Schüler Schulen für jene sein, die die entsprechende akademische Begabung mitbringen und auch bereit und imstande sind, mehr oder weniger selbständig zu lernen und zu arbeiten. Auch hier sollte das Angebot wieder breiter werden – es ist nicht alles gut, was neu ist und nicht alles schlecht, was alt ist. So wird immer wieder festgestellt, dass humanistische Gymnasien mit Latein- und Griechisch-Unterricht in Bezug auf allgemeine Studierfähigkeit (d. h., die Fähigkeit, sich selbständig und effizient einen schwierigen Stoff anzueignen) eine besonders gute Vorbereitung auf ein Studium, vor allem im Bereich der Naturwissenschaften, bieten.

Zu viele durch Senkung des Anspruchsniveaus ermöglichte „höhere Abschlüsse“ verlagern die Selektion auf die Universitätsaufnahmeprüfungen. Es ist auch sozial gerechter, wenn in einem Gymnasium jeder Schüler mit einem ordentlichen Leistungsniveau die Möglichkeit bekommt, sich das Recht auf ein Studium durch eigene Leistung zu erarbeiten.

7.1. Unterstufe

Als Gesamtschule organisiert, müsste die Unterstufe die nötigen Differenzierungen gewährleisten und die gesamte Palette an Neigungen, Stärken und Begabungen abdecken können.

In verschiedenen Schultypen organisiert, müsste das System transparent sein und jederzeit Übertritte ermöglichen. Diese Durchlässigkeit der verschiedenen Schultypen untereinander ist von großer Wichtigkeit. Sie ist zwar bereits jetzt rechtlich schon gegeben, in der Praxis wird sie aber erheblich erschwert.

Bei der Diskussion um die Organisationsform darf es aber nicht um „Gesamtschule Ja oder Nein“ gehen, sondern es ist von den Bedürfnissen der Kinder auszugehen. Heute ist es vor allem wichtig festzustellen, dass die Schule als reine Wissensvermittlungsinstitution zu kurz greift.

7.2. Modulare Oberstufe

Das Modulsystem steht in einem gewissen Gegensatz zum bisherigen Modell des Klassenverbandes, welches den Schülern eine starke Geborgenheit bietet.

Eine „intelligente“ modulare Oberstufe dient einer verstärkten Individualisierung und persönlichen Schwerpunktsetzung und besteht aus

einem Kurssystem, das den Schülern durch eine reiche Auswahl an angebotenen Zusatzmodulen größeren Spielraum für die Behebung von Schwächen ebenso einräumt wie für die Entwicklung der eigenen besonderen Begabungen.

Im derzeitigen System werden AHS-Schüler gegenüber BMHS-Schülern um 20% der Lehrerstunden betrogen. Mit diesen zusätzlichen Ressourcen ließe sich ein reichhaltiges Zusatzprogramm anbieten: von der individuellen Förderung bei Leistungsschwächen, die private Nachhilfe überflüssig machen würde, über Angebote, die speziellen Interessen gerecht werden, bis zur individuellen Förderung von besonderen Begabungen bzw. einer gezielten Vorbereitung auf spezifische Zugangsprüfungen an Universitäten.

In einer modularen Oberstufe wird ganztägiger Schulbetrieb angeboten, ohne dass die Schüler zwangsweise ganztägig „verschult“ werden.

Definition des Begriffs „Modul“

Ein Modul umfasst den Lerninhalt eines Semesters. Statt einer Zerstückelung in zwei „Pseudomodule“ pro Semester mit resultierender Prüfungs- und Test-„Orgie“ wird der bestehende Lehrplan der Oberstufe von einer Lehrplankommission semesterweise segmentiert und ebenso semesterweise beurteilt.

Jedes Modul kann grundsätzlich zu jedem beliebigen Zeitpunkt absolviert werden; wenn es stundenplanmäßig möglich ist, auch mehrere Module eines Faches gleichzeitig. Nur wo dies aus inhaltlichen Gründen zwingend ist (z.B. in den ersten Lernjahren der in der 5. Klasse neu begonnenen Fremdsprache) sind Module als „aufsteigend“ definiert und müssen dementsprechend in der vorgesehenen Reihenfolge absolviert werden.

Nachholmöglichkeiten

Eine Tilgung negativer Beurteilungen kann durch eine Wiederholungsprüfung zu Beginn des jeweils folgenden Semesters erfolgen. Ziel ist, den sozialen Zusammenhalt im Klassenverband zu bewahren, auch wenn es zu negativen Beurteilungen kommen sollte.

Wiederholungsprüfungen sind nicht wiederholbar.

Pro Termin dürfen höchstens zwei Wiederholungsprüfungen absolviert werden. Der Klassenverband bleibt aber in jedem Fall erhalten, weil alle positiv beurteilten Module ihre Gültigkeit behalten und überhängige (d.h. über die erlaubte Zahl von zwei hinausgehende) Wiederholungsprüfungen

auch zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt werden können. Darüber hinaus kann ein nicht positiv beurteiltes Modul, das nicht dem Kernbereich angehört, zu einem beliebigen Zeitpunkt durch ein anderes Modul ersetzt werden. Der leidige Begriff des „Sitzenbleibens“ wird damit überflüssig.

Nur „Kernmodule“ müssen, wenn sie auch nach einer Wiederholungsprüfung nicht positiv beurteilt werden können, zu einem beliebigen Zeitpunkt wiederholt werden.

In aufsteigenden Modulen, z.B. in der ab der 5. Klasse gewählten Fremdsprache, tilgt ein positiver Abschluss des Sommersemesters automatisch eine allfällige negative Beurteilung des vorangegangenen Wintersemesters.

Im Rahmen der Reifeprüfung können maximal zwei nicht positiv absolvierte Module als Wiederholungsprüfungen abgelegt werden. Für die Absolvierung der 5. – 8. Klasse bis zur Zulassung zur Reifeprüfung stehen maximal 12 Semester zur Verfügung.

Organisatorische Abwicklung

Der bestehende Fächerkanon wird in drei „Bereiche“ eingeteilt, aus denen auf dem Weg bis zur Reifeprüfung jeweils eine Mindestanzahl von Stunden absolviert werden muss:

- ein verpflichtender „Kernbereich“ deckt die Allgemeinbildung ab,
- ein „typenbildender Bereich“ sorgt für die begabungs- und interessensadäquate Differenzierung und
- ein „Ergänzungsbereich“ ermöglicht jedem Schüler völlig individuelle Schwerpunktsetzungen innerhalb des bestehenden Fächerkanons bzw. Ausweitungen über diesen hinaus. Dieser Bereich garantiert eine echte, personenadäquate Begabungsförderung.

7.3. Matura

Zentralmatura: Sicherheit garantiert?

Mit dem Start der Zentralmatura muss eine unglaubliche Logistik ins Rollen kommen, um Sicherheit zu garantieren. Wenn nämlich ein und derselbe Prüfungsbogen für Tausende Schüler gilt, muss „garantiert“ werden, dass kein Unbefugter die Bögen vor der Matura in die Hände bekommt, z.B. durch Verbreitung über das Internet.

Gegen eine solche Zentralmatura spricht vor allem die zu erwartende Nivellierung nach unten, wodurch das Maturazeugnis erheblich an Wert verliert und auch die Berechtigung zum Besuch einer Hochschule in Frage gestellt wird.

Ungeklärt ist die Kostenfrage bei der Einführung einer Zentralmatura.

8. Diskussion zur Gesamtschule

Niemand will in Frage stellen, dass die Ziele, die mit der Gesamtschulreform verfolgt werden – Chancengleichheit, bessere Förderung der Schwächeren, Integration usw. – gut und richtig sind. Die Frage ist nur, ob man sie auf diesem, einem modifizierten oder einem anderen Weg erreichen kann.

Wenn mit Gesamtschule Gleichmacherei und Nivellierung gemeint ist, dann ist sie abzulehnen. In Wirklichkeit geht es aber nicht primär um den Schultyp, sondern um die individuelle Förderung der Kinder. Diese ist – wie das Beispiel Finnland zeigt – auch in einer Gesamtschule möglich, aber es geht nicht um die äußere Schulform, sondern um die innere Organisation. Es gibt in Finnland eine massive Förderung der Benachteiligten und diese reicht anscheinend schon, um in den PISA-Studien besser abzuschneiden, obwohl es auf der anderen Seite noch gar keine Begabtenförderung gibt, die das Konzept erst komplett machen würde.

Die derzeitige politische Diskussion „Pro und Kontra Gesamtschule“ geht an den wirklichen Erfordernissen vorbei. Um die für die Kinder notwendige individuelle Förderung zu gewährleisten, braucht man keine Gesamtschule. Wenn andererseits in einer Gesamtschule diese individuelle Förderung gewährleistet ist, dann haben wir auch hier die nötige Differenzierung und weniger Probleme beim Wechsel in eine andere Neigungslinie.

Was wir brauchen, ist nicht Gleichmacherei, sondern noch wesentlich mehr Differenzierung als bisher. Denn die Gleichbehandlung von Menschen mit unterschiedlichen Voraussetzungen ist auch eine Form der Diskriminierung.

Was wir aber außerdem brauchen, ist das Abgehen von einer Beurteilung, die wie bisher üblich die Schwächen der Schüler in den Mittelpunkt stellt. Vielmehr sollten die individuellen Stärken und Begabungen gefördert und in der Beurteilung vorangestellt werden.

Kein Problem wird damit gelöst, dass Schultypen neue Namen bekommen (Hauptschule, Neue Mittelschule) oder damit, dass pro oder kontra Gesamtschule abgestimmt wird, ohne auf die Bedürfnisse der Kinder einzugehen. Primär geht es um die Gewährleistung von Chancengleichheit einerseits und Individualität/Differenzierung andererseits. Beides muss – in jeder denkbaren Organisationsform – gewährleistet sein.

Das Schulsystem muss differenziert und durchlässig sein, mit Wechselmöglichkeiten zu verschiedenen Zeitpunkten, und es muss Kontinuität bieten. Primäre Erfolgsfaktoren sind die Qualität der Lehrer und die Qualität des Unterrichts. Die Organisationsform ist da erst sekundär. Ein schlechter Lehrer ist auch im besten Schulsystem ein schlechter Lehrer, ein guter Lehrer ist auch im schlechtesten Schulsystem ein guter Lehrer.

Vor allem aber sollte das Bildungssystem, das bisher auf den Intelligenzquotienten abgestimmt war, endlich diese Kopflastigkeit ablegen. Wir wissen heute, dass es nicht nur einen Intelligenzquotienten gibt, sondern auch z.B. die Emotionale Intelligenz. Darüber hinaus haben Metastudien ergeben, dass für den Schulerfolg etwa Selbstkontrolle oder Emotionsverständnis wichtiger sind als der IQ!

9. Sonderpädagogik

Auch hier sollte Vielfalt ein wichtiges Kriterium sein. Wir wissen, dass es behinderte Kinder gibt, die in Integrationsklassen sehr glücklich sind. Wir kennen aber auch Fälle, in denen der Besuch einer normalen Schulklasse für das behinderte Kind eine ausgesprochen negative Erfahrung war, vor allem in Fällen leichter geistiger oder körperlicher Behinderungen. Wir verlangen daher eine Entscheidung im Einzelfall – Integration bzw. Inklusion ist keineswegs automatisch immer das Beste – und gut ausgestattete Sonderschulen, in denen bestmögliche Förderung vor allem für Kinder geboten wird, die eine ganz andere Art von Unterricht brauchen, (z.B.: auch zusätzliche Therapien) als in einer normalen Schule möglich ist.

10. Schulsystem und Lehrerausbildung

Ein guter Lehrer braucht nicht nur Wissen und Können, sondern auch gute Nerven, Humor und ein gewisses Talent zum Unterrichten. Zum Lehrer muss man „geboren sein“, durch Ausbildung allein wird man nicht dazu.

Wir schlagen daher vor, dass Lehramtskandidaten sowohl vor dem Studium als auch regelmäßig während dessen auf ihre praktische Eignung für diesen Beruf überprüft werden, etwa im Rahmen einer Arbeit als Assistenten in Schulen. Ihnen sollte zudem, besonders in den ersten Semestern, ein Mentor zur Seite gestellt werden.

Lehrer sind nicht nur dazu da, um Wissen zu vermitteln, sondern auch um die Schüler zu motivieren, ihr Interesse zu fördern und sie zum eigenständigen Lernen anzuregen.

Die Schule darf nicht dazu dienen, „Humankapital“ zu produzieren. Während in der Platonischen Pädagogik das „gute Leben“ im Staat noch durch Tugenden wie Gerechtigkeit, Besonnenheit, Tapferkeit und Weisheit begründet war, gelten aktuell Flexibilität, Durchsetzungsvermögen, Konkurrenzfähigkeit und der Erwerb von Wissen und Kompetenzen als Ziel pädagogischen Handelns. Das allerdings ist auch heute zu wenig.

Die nur auf Wissensvermittlung ausgerichtete Schule ist nicht mehr zeitgemäß. Neben der Reflexionsfähigkeit (nicht einfach Wissen, sondern Umgang mit Wissen) sind auch die emotionale Kompetenz und die Selbstkontrolle wichtig – nicht nur für die Erziehung, sondern auch für den Schulerfolg!

Das Bildungssystem darf keine Spielwiese für Ideologien sein.

11. Kriterien für ein schülerorientiertes Bildungssystem

11.1. Was mit Vorsicht zu genießen ist:

Die Suche nach dem „besten“ Bildungssystem darf sich nicht nach ideologischen Vorgaben richten. Die Frage ist nicht: Gesamtschule oder Beibehaltung des jetzigen Systems? Es geht zuallererst darum, wie man den jungen Menschen gerecht werden kann.

Der Blick in Länder, in denen es die Gesamtschule gibt, ist hilfreich und notwendig – wenn man dabei auch bedenkt, dass die Situation in diesen Ländern recht unterschiedlich und erst recht nicht mit der in Österreich vergleichbar ist.

Hinter den Problemen des Schulsystems stehen gesellschaftliche Probleme, daher sind auch Vergleiche etwa zwischen Hamburg und Bayern oder zwischen Finnland und Österreich wenig aussagekräftig, wenn sie den sozialen und gesellschaftlichen Hintergrund außer Acht lassen.

Ebenso kann das gesunkene Niveau der Schulen im Vergleich zu früher nicht einseitig den Gesamtschulbestrebungen angelastet werden, ohne den generellen Wandel der Gesellschaft zu berücksichtigen. Die gesellschaftliche Situation von früher ist mit der heutigen nicht vergleichbar.

Mit „wissenschaftlichen“ Studien kann man die „Selbstverständlichkeit“ der Gesamtschule ebenso wenig „beweisen“ wie das Gegenteil. Aussagen wie „alle Experten sind sich darüber einig, dass...“ sind von vornherein mit Vorsicht zu genießen – egal von welcher ideologischen Seite sie kommen.

11.2. Wovon auszugehen ist:

Das Schulsystem muss soziale und sonstige Benachteiligungen ausgleichen, aber auch die Verschiedenheit der Menschen berücksichtigen. Es müssen Defizite – vor allem durch Frühförderung – ausgeglichen und individuelle Begabungen gefördert werden.

Die einseitige Beschränkung des Schulsystems auf Wissensvermittlung ist unzulässig, erst recht die Beschränkung auf die Erfordernisse des Marktes.

Lehren heißt nicht nur Wissen zu vermitteln, sondern zu motivieren, Interesse zu wecken, zu selbständigem Lernen anzuregen, spezifische Begabungen und Stärken zu erkennen und zu fördern.

Ein Ziel ist die Vermittlung von Allgemeinwissen, allerdings nicht als Summe von Detailwissen, sondern primär als Wissen um Gesamtzusammenhänge. So sind im Fach Geschichte nicht in erster Linie Jahreszahlen wichtig, sondern Kulturgeschichte, Ideengeschichte oder der Wandel von Weltbildern.

Auch zum Allgemeinwissen und zu den einzelnen Fächern gibt es individuelle Zugänge. Selbst wer in den Lernfächern eine „Niete“ ist und „nur“ über eine künstlerische und musische Begabung verfügt, kann genau von diesem Interesse her einen eigenen Zugang etwa zu Geschichte (über Kunstgeschichte) oder Deutsch (über die Literatur) finden. Ein solcher Schüler wird mit Goethe oder Rilke vielleicht mehr anfangen können als mit der Rechtschreibung für die PISA-Studie.

Wissen ist bekanntlich nicht alles. Soziale Kompetenz, emotionale Intelligenz und sogenannte „alte“ Werte wie z.B. Selbstbeherrschung, sind für den Schulerfolg gleichermaßen wichtig – wichtiger noch als der Intelligenzquotient, auf dem bisher alles beruht. Dazu werden Gesundheitskompetenz, ökologisches Verständnis, Lebensorientierung und Ethik immer dringlicher. Zusätzlich darf auf Bewegung, musikalisches Verständnis und spirituelle Bildung nicht vergessen werden. Wenn die Lehrpläne diesen Erkenntnissen nicht angepasst werden, wird jede Organisationsform versagen.

11.3. Organisation

Babys sind vor allem mit dem Bindungsgeschehen an die Mutter bzw. an die Eltern beschäftigt. Sie da herauszureißen wäre problematisch. Wenn notwendig, sind daher Tagesmütter besser geeignet, auf die Bedürfnisse der Kleinkinder einzugehen als Kinderkrippen.

Kindergärten sind sinnvoll, um soziales Verhalten in einem immer größeren Kreis zu lernen. Die Landessprache sollte im Vorschulalter bereits beherrscht werden, um in der Volksschule nicht benachteiligt zu sein. Ein verpflichtendes Kindergartenjahr, um die Sprachkenntnisse zu prüfen und gegebenenfalls nachzuholen, ist gesetzlich vorzuschreiben. „Lernen“ muss in dieser Phase spielerisch erfolgen. „Metallernen“ in dem Sinne, dass man weiß, dass man etwas weiß oder nicht weiß, ist erst mit sechs Jahren möglich.

Die Volksschule ist als Gesamtschule konzipiert. Hier soll der Grundstein für die spätere differenziertere Bildung in der Oberstufe gelegt werden.

Die dazwischen liegende Phase der 10- bis 14-Jährigen dient einerseits der Verfestigung der Allgemeinbildung, andererseits der ersten Differenzierung verschiedener Begabungen und Neigungen. Dabei ist zu beachten, dass Kinder verschieden sind und sich auch verschieden schnell entwickeln.

Wenn man hier bereits in Schultypen differenziert, ist darauf zu achten, dass der allen gemeinsame Teil ein so großes Gewicht hat, dass Überwechseln für „Spätzünder“ oder jene, die einen Weg eingeschlagen haben, der sich dann doch nicht als der ideale erweist, leicht möglich ist.

Wird der Weg des gemeinsamen Unterrichts fortgesetzt, ist in zweifacher Hinsicht auf eine notwendige Differenzierung zu achten: Kinder mit Defiziten, Schwächen oder Teilleistungsstörungen müssen individuell gefördert werden, Kinder mit besonderen Begabungen und Stärken ebenfalls. Ob man das notwendige Ergebnis „Gesamtschule“ nennt oder eine Vorbereitung auf das oben ausgeführte modulare Oberstufenmodell, bleibt dahingestellt, ist aber sekundär.

Studien über die Notwendigkeit oder Sinnlosigkeit der Gesamtschule sind meist ideologisch einseitig, zumindest sofern sie zu „eindeutigen“ Ergebnissen führen, ohne den gesellschaftlichen Hintergrund zu berücksichtigen. Die wirklich brauchbaren Studien kommen eher zu Ergebnissen wie: *„Die Gesamtschule schafft unterm Strich nicht mehr*

Bildungsgerechtigkeit als die Schulen des gegliederten Schulsystems“ (LiE-Studie, Helmut Fend) oder „Auch der Gesamtschule gelingt es nicht, den Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Schullaufbahn aufzuheben oder nachhaltig zu reduzieren“ (Olav Köller im MPIB-Bildungsbericht 2003).

11.4. Qualität des Lehrens

Die notwendige Verbesserung des Systems kann weniger durch die Organisationsform erreicht werden als vielmehr durch die Qualität der Lehrer und des Unterrichts. Bevor über die Organisationsform diskutiert wird, muss daher über die Lehrerausbildung gesprochen werden. Die wesentlichen Fragen dabei: Wer sollte sich für die Lehrerlaufbahn entscheiden? Welche Qualitäten/Fähigkeiten brauchen Lehrer? Wie können Kinder motiviert werden? Wie kann zur Neugier ermutigt werden? Wie können besondere Begabungen, Fähigkeiten, Neigungen erkannt und gefördert werden? Wie ist mit individuellen Schwächen umzugehen?

Wichtiger als die Organisationsform ist auch die Entrümpelung der Lehrpläne und deren Anpassung an die Erfordernisse der Zeit. Damit ist nicht das Abgehen von der Allgemeinbildung gemeint, sondern das Betonen von Zusammenhängen, Querverbindungen und Eingehen auf das Wesentliche. Die Details sind heute jedem zugänglich, wer aber das Wesentliche und den Gesamtzusammenhang nicht versteht, kann mit Detailwissen auch nichts anfangen. Außerdem geht es heute im „Wissenszeitalter“ nicht nur um Wissen, sondern auch um Verstehen, Interpretieren, Diskutieren, Selbsta Ausdruck, Rhetorik, Sinn für das Wesentliche, Ethik und Lebensorientierung, soziales Verständnis und Selbstbeherrschung, Spiritualität, Gesundheit und ökologisches Verständnis. Nicht alles braucht ein eigenes Fach, vieles muss in alle Fächer einfließen.

11.5. Unterschiedlichkeit des Lehrens

Da die Organisationsform nicht das primäre Problem ist, wäre es sinnvoll, auch im Sinne der Diversität, die der Natur des Menschen entspricht, beide Organisationsformen nebeneinander zu ermöglichen – allerdings mit Auflagen, die den besprochenen Erfordernissen der Jugend entsprechen. Eine Schule, die sich für den gemeinsamen Unterricht entscheidet, muss sowohl die Förderung der Benachteiligten als auch der besonders Begabten sicherstellen können. Die Schulen des gegliederten Systems müssen gewährleisten, dass auch Flexibilität ermöglicht wird

und dass ein Übertritt in eine andere Form jederzeit machbar ist. Auch in dieser Form sollten besondere Begabungen gefördert werden, was derzeit ebenfalls nicht der Fall ist, Begabungen sollten wichtiger sein als einzelne Schwächen.

12. Lehrinhalte

12.1. Religionsunterricht und Ethikunterricht

Religiosität gehört zum Gesamtspektrum des Menschseins, wie das Fächerspektrum an den Universitäten illustriert. Für die Frage nach dem Menschen ist die Philosophie und Theologie ebenso notwendig die Physik.

Ein guter Religionsunterricht wird auch Wissen über andere Religionen und Kulturen vermitteln, so wie ein guter Ethikunterricht auch Religionen behandeln sollte. Wer sich vom Religionsunterricht abmeldet, sollte verpflichtend am Ethikunterricht teilnehmen müssen. Ethikunterricht sollte als Wahlfach belegt werden können.

12.2. Sexualkundeunterricht

Das Wissen über Sexualität muss der jeweiligen Altersstufe und dem individuellen Reifegrad der Schüler angepasst werden. In Zeiten der „Frühreife“ und des Internets hat die Schule ohnehin weniger die Aufgabe, Wissen und Techniken zu vermitteln, als vielmehr den Schülern ihre Verantwortung und die Einordnung der Sexualität in das Gesamt-menschliche nahezubringen. Zu vermitteln wäre, dass das Hingezogensein zum anderen mehr ist als Sex. Dass man Sex und Liebe zwar entkoppeln kann, dass dieser Vorgang aber *„nicht gesundheitsfördernd ist, denn es verkümmern die emotionalen Anteile und es wachsen dadurch die Gewaltanteile“* (Rotraud Perner). Ideologisch Einseitiges und „Gleichbehandlung“ von Minderheiten darf es in Unterrichtsmaterialien nicht geben.

12.3. Sex und Gender

Im Englischen bedeutet „sex“ das biologische und „gender“ das soziale Geschlecht. Letzteres ist wesentlich komplexer und individuell differenziert. Buben sollen mit Puppen spielen und Mädchen sollen auf

Bäume klettern dürfen. Das wird kaum jemandem schaden, sondern nur den Horizont erweitern.

Merkwürdig wird die Diskussion aber, wenn sie zur Ideologie wird und Buben mit Puppen spielen und Mädchen auf Bäume klettern **müssen**. Vollends unsinnig wird es dann, wenn Gender-Ideologen die Begriffe gender und sex verwechseln und das biologische Geschlecht abschaffen („dekonstruieren“) oder um weitere „Geschlechter“ erweitern wollen.

Das soziale Geschlecht ist weitaus komplexer und individueller als bisher angenommen. Aber biologische Geschlechter gibt es nach wie vor nur zwei. Die lassen sich nicht beliebig vermehren. Das werden Ideologen kaum ändern können. Dass das biologische Geschlecht in seltenen Fällen nicht eindeutig festlegbar ist und dass sich manche Menschen im falschen Körper/Geschlecht fühlen, ändert auch nichts daran, dass es nur zwei Geschlechter gibt. Dass niemand diskriminiert werden darf, ist ohnehin klar.

Dass manche Menschen ihre Kinder „geschlechtsneutral“ aufwachsen lassen, damit diese später selbst entscheiden können, welches „Geschlecht“ sie gerne haben möchten, ist der Gipfel der Absurdität. Aber Kinder, Buben wie Mädchen, werden sich ohnehin kaum um die ideologische Gender-Diskussion kümmern und sich nicht zwingen lassen, ihr biologisches Geschlecht zu leugnen und auf ihre eigene – und nicht auf ideologische – Weise damit zu experimentieren. Wir müssen nicht auf politischer Ebene entscheiden, wie Kinder ihre Kindheit und ihre Sexualität erleben **müssen**.

13. Universitäten und Hochschulen

Die Universität ist gekennzeichnet durch Universalität. In ihr ist das gesamte Fächerspektrum vertreten, das erst gemeinsam die Frage nach dem Menschsein beantworten kann. Diese Terminologie sollte beibehalten werden um den Begriff nicht aufzuweichen oder aufzulösen. Diese Universalität darf nicht instrumentalisiert werden, sondern muss erhalten bleiben.

Institutionen – auch private – die einzelne Fachgebiete vertreten, sollten andere Bezeichnungen wie Hochschule, Fachhochschule, Konservatorium usw. tragen.

Das gesamte Fächerspektrum muss erhalten bleiben. Die Einteilung in MINT und „Orchideenfächer“ ist problematisch und orientiert sich am wandelnden Zeitgeist. Es gibt bereits Stimmen, die von einer zukünftigen Aufwertung der Geisteswissenschaften (auch für die Wirtschaft) sprechen.

Der Bologna-Prozess, der zum Ziel hat, einen gemeinsamen Europäischen Hochschulraum zu etablieren, hat Vor- und Nachteile. Wenn die Einheitlichkeit nicht zu einer Nivellierung oder Ausrichtung auf „wirtschaftliche Erfordernisse“ führen soll, muss parallel für die Qualität der Lehre gesorgt werden. Erstes Alarmzeichen ist, dass man es für notwendig erachtet, sogenannte – durchaus sinnvolle – „Exzellenzzentren“ einzurichten.

13.1. Forschung

(Natur-)Wissenschaft ist so etwas wie eine Ersatzreligion geworden. „Wissenschaftlich bewiesen“ ist ein Wahrheitsbeweis geworden, obwohl dieser Ausdruck nur den derzeitigen Stand der Wissenschaft darstellt. Der Wissenschaft wird quasi der Anspruch der „Unfehlbarkeit“ zugeschrieben. Wissenschaftliche Irrtümer, Unregelmäßigkeiten und Fälschungen legen jedoch nahe, dass es sich bei Wissenschaftlern natürlich auch um Menschen handelt.

Qualitätssicherung ist auch hier angesagt. Der Publikationszwang führt dazu, dass für die Lehre kaum Zeit bleibt oder wissenschaftliche Ergebnisse in „Salomitaktik“ publiziert und einfache Studien auf mehrere Publikationen aufgeteilt werden. Das und einiges mehr darf durchaus hinterfragt werden.

Angewandte Forschung muss sich zum Nutzen der Gesellschaft mit anderen Bereichen wie z.B. der Wirtschaft vernetzen. Diese Vernetzung darf aber die Grundlagenforschung nicht gefährden, deren Finanzierung immer sichergestellt bleiben muss. Letztlich ist sie es, die wirkliche Innovationen – direkt oder indirekt – ermöglicht.

13.2. Zugang zu den Universitäten und Hochschulen

Für alle Universitäts-Rektoren stellt die Einführung von Zugangsregelungen den ersten Schritt zu einem hochwertigen Studium dar. Gleichzeitig gehört die Finanzierung für die festgelegten Studienplätze primär durch den Staat gesichert. In weiterer Folge sollen die Studenten zweckgewidmete – von den jeweiligen Universitäten autonom beschlossene – Studienbeiträge entrichten, die in den jeweiligen Universitäts- und nicht in einen Allgemeintopf fließen; nicht nur um die

Unis zu finanzieren, sondern auch um den ökonomischen Wert des Studiums zu erhöhen. Dadurch soll aber das Studium für sozial Schwächere nicht gefährdet, sondern die finanzielle Belastung durch leistungsorientierte Stipendien abgedeckt werden.

Die erste Zugangsregelung sollte eigentlich bereits vor dem Studium erfolgen, indem die Anforderungen (Notenschnitt mit besonderer Berücksichtigung des Studienfaches) definiert werden. Da selbst bei einer einheitlichen Regelschule die Zeugnisse nie absolut vergleichbar sein werden, ist eine Aufnahmeprüfung für jene zu ermöglichen, die den Anforderungen nicht gerecht geworden sind.

14. Gesellschaftspolitische Ziele (Schlussbemerkungen)

Aufgabe des Bildungssystems ist es nicht, alle Schüler zur Universitätsreife zu führen, sondern allen die Möglichkeit zu eröffnen, den jeweils eigenen Weg zu gehen. Vielleicht ist das Wichtigste einer Bildungsreform ein Umdenken in der Gesellschaft, denn es gibt verschiedene Bildungswege, die durchaus gleichwertig, wenn auch unterschiedlich sind – weil sie es ermöglichen, das jeweils eigene Lebensziel zu verfolgen und zu erreichen.

Aufgabe des Bildungssystems ist es, Benachteiligte ebenso zu fördern wie besonders Begabte. Daher ist davon auszugehen, dass weder das bestehende System noch die Gesamtschule, wie sie in manchen Ländern existiert, dies gewährleisten kann. Die Lösung kann nur in einer auch für die Begabtenförderung offenen Gesamtschule oder um Frühförderung erweiterte differenzierte Schule bestehen. Besonderes Augenmerk muss auf die Lehrerausbildung und eine Reform der Lehrpläne gelenkt werden, so dass Neugier, Interesse, Anleitung zum Wissenserwerb usw. im Mittelpunkt stehen und nicht wie bisher nur eine IQ-fixierte Wissensvermittlung.

Die Wahlmöglichkeit der Eltern darf nicht beschnitten werden. Dies gilt auch für die „Ganztagsschule“. Ein flächendeckendes System zu verordnen, wäre jedenfalls gesellschaftspolitisch verfehlt, da in Ballungsräumen andere Voraussetzungen und Bedürfnisse als z.B. im ländlichen Raum bestehen.

